

Gespräch mit Wissenschaftsminister Frankenberg

am Mittwoch, den 25. 11. 2009 fand im Landtag eine Debatte zum Bologna-Prozess statt. Auf Einladung der Grünen war es drei Studierenden aus Stuttgart möglich als Zuschauer der Veranstaltung teilzunehmen. Außerdem waren vier Studierende aus Tübingen, zwei Studierende aus Mannheim und ein Studierender aus Heidelberg anwesend.

Gegen Ende der Plenardebatte bat Wissenschaftsminister Frankenberg ein Gespräch mit den anwesenden Studierenden an, welches von diesen wahrgenommen wurde. Obwohl ein Gesprächstermin von den Studierenden der Universität Stuttgart vorgeschlagen wurde, worauf das Ministerium bis zum Tage der Debatte nicht reagierte, stellten sich die Studierenden spontan der Diskussion.

Da bisher ein einheitlicher Forderungskatalog der verschiedenen Universitäten des Landes erstellt werden konnte, fand das Gespräch unter den Prämissen statt, dass die anwesenden Studierenden nicht als Vertreter aller Studierender sprechen konnten und dass es inhaltlich nur um die Themen gehen sollte, die in der Debatte angesprochen wurden.

Protokoll des Gesprächs:

1) Verfasste Studierendenschaft

Der Minister sieht das mit der VS einhergehenden allgemeinpolitischen Mandat als kritisch an. Er verweist auf VS, die sich für die PKK eingesetzt haben. Außerdem kritisiert er, dass die VS eine Zwangsmitgliedschaft aller Studierenden beinhaltet. Diese könne bei Nichtübereinstimmung der eigenen politischen Meinung mit den Forderungen der VS nicht gekündigt werden.

Der Minister kann sich jedoch vorstellen ein alternatives Modell einzuführen. Dieses soll die hochschulinterne Einflussnahme verbessern. Dabei stellt er die Evaluationen der Veranstaltungen durch Studierende als Voraussetzung zur Akkreditierung von Studiengängen in den Vordergrund. Des weiteren betrachtet er es als realisierbar eine binnenstrukturelle Veränderung in der Finanzierung der Studierendenvertreter einzuführen. Er schlägt vor, der Studierendenvertretung ein Globalbudget zur Verfügung zu stellen über dessen Verwendung diese nachträglich Rechenschaft ggü. des Rektorats ablegen muss.

2) Studierfähigkeitstest

Der Minister erwägt von Aufnahmeprüfungen, die ab 2011 flächendeckend eingeführt werden sollen, teilweise abzusehen. Voraussetzung dafür sei die Anmeldung der entsprechenden Studiengänge bei der ZVS.

3) Finanzierung

Dem Ministerium ist bekannt, dass eine erfolgreiche Reform der Ba/Ma-Studiengänge einen finanziellen Mehrbedarf von 15% bedarf. Es verweigert jedoch die Übernahme der Mehrkosten mit Verweis auf die bereits höchste Hochschulfinanzierung pro Kopf in BaWü.

4) Reform der Ba/Ma-Studiengänge

Der Minister erkennt das Problem zu verschulter und zu einseitiger Bachelor - Studiengängen. Er sieht das Problem in einer fachlich zu schmalen Ausrichtung mit zu viel Stoff für 6 Semester. Die zu schmale Ausrichtung der Studiengänge will er anhand einer Veränderung des Akkreditierungssystems ändern. Demnach sollen Studiengänge während dem laufenden Betrieb von Studierenden evaluiert werden. Die Ergebnisse sollen als Basis für die Akkreditierung von Studiengängen zu Rate gezogen werden. Die Akkreditierung soll dann zentral vom Wissenschaftsrat und nicht mehr von den einzelnen Agenturen übernommen werden.

Die Regelstudienzeit der Studiengänge solle ebenfalls überdacht werden. Der Minister will in der KMK vorschlagen, die 5-Jahres-Grenze fallen zu lassen um flexiblere Studienzeiten zu ermöglichen (1+3 Bachelor plus Master/ 4+2 – Modell). Außerdem sucht der Minister das Gespräch mit den Rektoren, um die Kommunikation von Leistungsdruck auf die Studierenden zu reduzieren. Er verweist darauf, dass die Geschwindigkeitsfokussierung im Studium von der Wirtschaft ausdrücklich nicht erwünscht ist.

5) Bafög

In der Bafög-Regelung sieht der Minister hohe Handlungsnotwendigkeit. Bafög soll künftig sowohl für Bachelor als auch für Master-Programme in selben Maße gewährt werden. Außerdem soll ein erster Fachwechsel ohne Einfluss auf Genehmigung von Bafög möglich sein (Vorsemester). Auch dieses Vorhaben soll auf der KMK thematisiert werden.

6) Mitbestimmung in den Gremien

hochschulpolitisches Engagement soll künftig auf Urlaubssemester anrechenbar sein. Der Minister nimmt diesen Vorschlag zur Kenntnis.

Eine studentische Mitbestimmung in finanziellen Angelegenheiten lehnt er jedoch ab. Für die öffentlichen Mittel sei das Rektorat verantwortlich, daher müsse bei ihm auch die Finanzhoheit liegen.

7)

In der Plenardebatte wurde häufig darauf verwiesen, dass die Fachhochschulen zufrieden seien. Die studentische Kritik an diesen Äußerungen, wonach die FH im Vergleich zur Uni eine andere gesellschaftliche Funktion erfüllt (berufsorientierte Ausbildung vs. Geistesorientierte Persönlichkeitsbildung) wird vom Minister anerkannt. Er selbst weist darauf hin, dass er die unterschiedlichen Aufgaben ähnlich sieht.

Auf Anfrage für ein erneutes Gespräch mit den Studierenden der Universitäten Stuttgart, Tübingen, Mannheim und Heidelberg, nach Verabschiedung gemeinsamer Forderungen verweist der Minister darauf, dass für dieses Jahr kein Termin mehr möglich ist.